

Der Regierende Bürgermeister  
- Senatskanzlei -  
10871 Berlin

Berlin, den 22.04.2008

Sehr geehrter Herr Regierender Bürgermeister,

wir beziehen uns auf die von Ihnen vertretene Position des Berliner Senats zur Frage der Offenhaltung des Flughafens Tempelhof und die in diesem Zusammenhang auch von Ihnen unterstützte Werbekampagne gegen den Flughafen.

Sehen so Visionen für eine Hauptstadt einer der stärksten Wirtschaftsnationen der Welt aus? Einer Stadt, die die weltweite Erreichbarkeit durch Wirtschaft und Tourismus gewährleisten will? Einer Stadt, die die Potentiale an der ehemaligen Schnittstelle von Ost/West noch nicht einmal ansatzweise nutzt und die Chancen unserer engen Nachbarschaft zu Polen, Russland, den baltischen Staaten mit beiden Händen greifen will?

Nein, sehr geehrter Herr Wowereit, es reicht nicht aus, Pläne für leere Flächen zeichnen zu lassen und darauf zu hoffen, dass irgendwann jemand etwas unternimmt; Flächen füllt, die in dieser Region im Überfluss auch an anderen Stellen vorhanden sind und vorhanden sein werden, z.B. die Flächen des Flughafen Tegel.

Wenn Sie wissen wollen, wie ein geschlossener Flughafen Tempelhof wirklich aussieht, dann nehmen Sie sich für Ihren nächsten Ausflug einmal den Teufelsberg vor. Dort stehen die Reste der ehemaligen Radaranlage in einem erbärmlichen, von Vandalen verursachten Zustand. Die bisher als Argument herangezogenen hohen, ungedeckten Kosten des Flughafens Tempelhof werden sich durch die von Ihnen befürwortete Schließung nicht verringern, sondern schon alleine wegen der erforderlichen Bewachung erheblich ausweiten.

Warum tut sich unsere aktuelle Stadtregierung so schwer, Entscheidungen, die vor 10 Jahren auf Basis von inzwischen überholten Zahlenangaben und anderen Umfeldbedingungen getroffen wurden, noch einmal vorbehaltlos zu überprüfen? Wie zukunftsorientiert waren unsere Vorfahren, als sie die Grundlagen für unsere heutige Verkehrsinfrastruktur mit S- und U- Bahnen geschaffen haben. Nichts anderes wird auch vom heutigen Senat gefordert: Weitsicht.

Sie wissen, dass den rechtlichen Argumenten durch Entscheidungen der beiden Landesregierungen begegnet werden kann. Und wo soll eine Beeinträchtigung der Anwohner des BBI entstehen, wenn durch eine Offenhaltung von Tempelhof Flugverkehr auf dem BBI nicht entsteht?

-1/2-

Und wird nicht wider besseren Wissens in der Öffentlichkeit argumentiert, dass die Flughafengesellschaft in Schönefeld bereits 7,5 Mio. für Geschäftsflieger investiert hat? Vor dem Hintergrund, dass aus Kapazitätsgründen und aus wirtschaftlichen Gründen eine „Business Aviation“ auf dem BBI nicht stattfinden wird, ist diese Investition leider schlecht angelegtes Geld – zumal diese Einrichtungen ja bereits in Tempelhof zur Verfügung stehen. Das gilt im Übrigen auch für die mit Millionenaufwand errichteten Behelfsanlagen in Tegel, dort hätte man sich bei vernünftiger Nutzung von Tempelhof angesichts der knappen Kassen manche Million sparen können.

Sie liegen falsch mit Ihrer Einschätzung, dass die Tempelhof-Befürworter alleine durch vergangenheitsorientierte Emotionen bewegt werden. Das Gegenteil ist richtig: hier engagieren sich im besten bürgerschaftlichen Sinne Berliner, die die Gefährdung der Chancen dieser Stadt durch vergangenheitsorientierte Entscheidungen des Senats nicht hinnehmen wollen. Dass sich politische Parteien sowohl bei den Befürwortern als auch bei den Gegnern von Tempelhof engagieren, spricht doch wohl nicht gegen dieses demokratische Verfahren des Volksbegehrens bzw. Volksentscheid.

Wir vergleichen uns gern mit den Metropolen dieser Welt. Schauen Sie nach London, nach Paris oder New York und Sie sehen jeweils mehrere Flughäfen, die sich lokal die Aufgaben teilen und auch einmal in Notsituationen gegenseitig im Sinne eines sicheren Flugverkehrs helfen. Nach Ihren Plänen wäre Berlin in diesem Sinne nicht „metropolenfähig“.

Wenn es heißt, dass es ja nur die wenigen Geschäfts- und Privatflieger sind, die Tempelhof nutzen, unterschätzen Sie die wirtschaftliche Bedeutung der zunehmenden Geschäftsfliegerei und die wirtschaftliche Potenz dieses Bereiches. Eine ansiedlungsfreudige und -interessierte Landesregierung argumentiert anders und nutzt solche unwiederbringliche Infrastruktur im Sinne der Entwicklung eines leistungsfähigen Wirtschaftsstandorts. Hier die Bevölkerung mit dem Hinweis auf „die da oben“ mit für die Industrieansiedlung und Bestandspflege negativen Argumenten einzustimmen, ist kurzsichtig und schädlich.

Es würde dieser Stadt gut tun, wenn der Berliner Senat umdenkt, an die langfristig überdurchschnittliche Entwicklung dieser Stadt glaubt, über seinen Schatten springt, sich an den weitsichtigen Vorfahren und der vorhandenen Verkehrsinfrastruktur orientiert und auf Basis der weltweit wahrgenommenen Attraktivität dieser Region Entscheidungen fällt, die sicherstellen, dass wir auch in 20 Jahren problemlos und bequem die Gäste und Geschäftsleute aus aller Welt begrüßen können und hierfür heute die Kapazitäten schaffen bzw. erhalten – auch für die Betriebe in der Region, die von hier aus ihre Kunden in der Welt betreuen. Sagen Sie ja zu Tempelhof!

Mit besten Grüßen,



Ulrich Misgeld

*Vorstand*

*UnternehmensNetzwerk Motzener Straße e.V.*

**Dieses Schreiben wird unterstützt durch folgende Mitglieds-Firmen:**

alfred rexroth GmbH & Co. KG  
Bartelt & Sohn OHG  
bau+art, Individuelle Möbel, Entwicklung und Produktion GmbH  
BEPLA – Moderne Verpackungen aus Kunststoff  
DREUCO Formenbau GmbH & Co KG  
DSF Trade Consult GmbH  
EVENT & SHOW international productions ESIP GmbH  
Geyer-Gruppe Industrieholding GmbH  
GuK Technische Gummi und Kunststoffe GmbH  
INDIA-DREUSICKE Berlin  
Karl Rabofsky GmbH  
OBETA Oskar Böttcher GmbH & Co. KG  
Retec GmbH  
Semperlux AG, - Lichttechnische Werke -